

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 DB
Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telex: 08 86 846 ppon d



Inhalt

Bruno Friedrich MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, kritisiert die Bundesregierung wegen ihrer Haltung zum Nachtragshaushalt der Europäischen Gemeinschaft. Seite 1/2

Erwin Horn MdB, stellv. Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages, beleuchtet das Waffenexport-Dilemma der Bundesrepublik. Seite 3/4

Egon Lutz MdB, stellv. Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, fordert Initiativen der öffentlichen Hand zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Seite 5/6

Dokumentation: Am 85. Geburtstag von Willi Eichler veröffentlicht der Sozialdemokratische Pressedienst einen Beitrag des Reformtheoretikers der SPD zum Thema Ethik und Sozialismus. Seite 7/8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 4

7. Januar 1981

Der Widerspruch von europäischen Worten und Taten

Zum Konflikt um den Nachtragshaushalt der EG

Von Bruno Friedrich MdEP
Vizepräsident des Europäischen Parlaments

Zwischen den zu Jahresbeginn abgegebenen Erklärungen des Vizekanzlers und Bundesaußenministers Genscher zur Süderweiterung und einer zu schaffenden Europäischen Union auf der einen Seite und der andererseits abgegebenen Erklärung der Bundesregierung, den Leistungen des vom Europäischen Parlaments beschlossenen Nachtragshaushalts nicht nachzukommen, gibt es einen klaffenden Gegensatz von Worten und von Taten. Die europäischen und die deutschen Interessen verlangen die Auflösung dieses Widerspruchs, was nur dadurch geschehen kann, daß die Bundesregierung den Verpflichtungen des Nachtragshaushalts vertragsgemäß nachkommt.

Für eine Überprüfung der ablehnenden Haltung spricht eine Reihe von Gründen. Inzwischen hat die Mehrheit der Staaten der EG dem Nachtragshaushalt zugestimmt. Die Präsidentin des Europäischen Parlaments hat absolut korrekt gehandelt, als sie die Rechtskraft des Haushalts feststellte. Dem Parlament selbst ist bei seiner Entscheidung kein Formfehler



unterlaufen, es handelte im Rahmen seiner Rechte. Eine von der Kommission vor den Europäischen Gerichtshof zitierte Bundesregierung wäre rechtlich in einer schwachen Position.

Auch der Einwand, die im Nachtragshaushalt beschlossenen Aufwendungen müßten unvermeidlich, unvorhersehbar und außergewöhnlich sein, würde die Haltung der Bundesregierung kaum stützen.

Die Süderweiterung ist ein außergewöhnliches Ereignis, die Stahlkrise ist ein unvorhersehbares Ereignis, beide Vorgänge verlangen unvermeidbare Anstrengungen in der Regional- und Sozialpolitik. Wer die Süderweiterung bejaht, zugleich die Agrarsubventionen in Milliardenhöhe verteidigt, obwohl sie mit politischer Vernunft nicht mehr zu begründen sind, kann nicht wegen 85 Millionen Mark für Regional- und Sozialpolitik im Nachtragshaushalt sich seinen vertraglichen Verpflichtungen entziehen. Deshalb läßt man sich als Bundesrepublik Deutschland nicht vor den Europäischen Gerichtshof zitieren. Mit dem so oft in Worten geforderten Ressourcetransfer zwischen den starken und schwachen Regionen Europas als politisches Mittel gegen Wanderungsbewegungen der Arbeitskräfte hat eine solche Haltung ebenfalls nichts gemeinsam.

Die Entscheidung des Parlaments im Nachtragshaushalt ist quantitativ nicht mehr als ein Signal an den Rat, freilich ein unübersehbares, in der Haushaltspolitik der EG endlich andere politische Prioritäten zu setzen (Das klassische parlamentarische Haushaltsrecht sieht für sich die politischen Prioritäten im Haushalt beim Parlament und nicht bei der Exekutive).

Wer dieses Signal ignoriert, setzt sich dem Verdacht aus, es mit der europäischen Einigung und dem Europa-Parlament nicht allzu ernst zu nehmen. Zugleich zeigt der entstandene Konflikt, daß die Bundesregierung das Europäische Parlament mehr beachten und zu den deutschen Abgeordneten in diesem Parlament einen besseren Kontakt herstellen sollte.

(-/7.1.1981/bgy/hgs)

+ + +



Das Waffenexport-Dilemma Bonns

Die Bundesrepublik steht vor schwierigen Entscheidungen

Von Erwin Horn MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Kein Industriestaat der Erde hat sich so strenge Bindungen hinsichtlich des Waffenexports selbst auferlegt wie die Bundesrepublik Deutschland. Das Kriegswaffenkontrollgesetz und auch das Außenwirtschaftsgesetz gebieten eine ausgesprochene restriktive Handhabung der Ausfuhr von Waffen, insbesondere in sogenannte Spannungsbereiche. Der Kabinettsbeschluss über den Export von Waffen aus dem Jahre 1971 bestätigt diese grundsätzliche Linie. Die Haltung der Bundesrepublik Deutschland zu diesem Gegenstand ist zweifellos sehr stark geprägt durch die besondere deutsche Geschichte, durch Not und Leid, das in zwei Weltkriegen, von Deutschen verursacht, über Millionen von Menschen gekommen ist.

Staaten, die erst nach dem Zweiten Weltkrieg ihre eigentliche politische Identität fanden, haben für diese speziellen deutschen Bedenken wenig Verständnis. Mit dem wirtschaftlichen Erstarren der Bundesrepublik Deutschland und dem immer größer werdenden zeitlichen Abstand zum Zweiten Weltkrieg, stößt die begründete deutsche Haltung selbst bei ihren westlichen Alliierten dann zunehmend auf Verständnislosigkeit, wenn die Bundesrepublik nicht gerade als Konkurrent auf einem bestimmten Markt angesehen wird, sondern in einzelnen Regionen sogar von uns die Ausfüllung einer bestimmten wirtschaftlich-politischen Funktion erwartet wird.

Der Druck auf die Bundesrepublik Deutschland zur Lockerung der Ausfuhrbestimmungen im Bereich der Kriegswaffen nimmt aus drei Gründen in den nächsten Jahren voraussichtlich zu:

- Das "Zeit-Interview" des saudi-arabischen Ölministers Jamani vom Dezember letzten Jahres macht in unverhüllter Weise deutlich, daß Saudi-Arabien nach dem Prinzip des "do ut des" Öllieferungen mit der Kompensation des Kaufes moderner deutscher Waffen, vorwiegend Panzer, erstrebt. Das Dilemma der Bundesrepublik ist nicht zu übersehen: Einerseits die totale Erdölabhängigkeit - Funktions- und Steuerungs-fähigkeit unseres Staates im internationalen Bereich zu friedlichen Zwecken sind entscheidend abhängig von unserer Wirtschaftskraft - und andererseits die besondere moralische Verpflichtung gerade unseres Staates gegenüber Israel.
- Die Bundesrepublik Deutschland wird vornehmlich mit europäischen Partnern Koproduktionen bei vielen künftigen Waffensystemen vornehmen müssen. Die wichtigsten Partner, nämlich Frankreich, England und Italien, haben keine vergleichbaren Selbstbindungsklauseln beim Waffenexport, wie die Bundesrepublik Deutschland. Aus wirtschaftlichen und aus politischen Gründen sind diese Staaten auch nicht bereit,



Koproduktionen mit Vorbehaltsklauseln beim Waffenexport einzugehen. Die Bundesrepublik Deutschland müßte dementsprechend darüber hinwegsehen, daß sie zukünftig indirekt in jedem Falle verstärkt am Waffenexport beteiligt wird oder sie fällt als Partner für Gemeinschaftsproduktionen auf diesem Gebiet aus.

- Vornehmlich die US-Regierung drängt die europäischen Staaten zu stärkeren Leistungen auf dem Verteidigungssektor. Dies ist mittel- und langfristig nicht durchführbar ohne Standardisierung und Koproduktionen. Vor allem aber muß und wird die neue amerikanische Administration gemeinsam mit den europäischen Alliierten ein Konzept über eine sinnvolle Aufgabenteilung in der NATO erarbeiten. Dies liegt vor allem, über den rein militärischen Aspekt hinausgehend, im politischen Interesse der Europäer. England, Frankreich und partiell auch Italien werden im Nahen Osten und in Afrika wirtschaftlich, politisch und kulturell das Feld nicht allein den beiden Supermächten überlassen; und es wäre offen gesprochen auch gar nicht zu wünschen, daß die beiden Supermächte unseren europäischen Nachbarkontinent zu ihrem jeweiligen Einflußbereich erklären.

Europa muß künftig in diesem Bereich stärker präsent sein, um krisenentscheidend und entspannend in dieser wichtigen Region wirken zu können.

Die bisherige Politik der Bundesrepublik Deutschland war vernünftig und richtig. Die drei genannten Faktoren, die Rohstoffabhängigkeit, der Zwang zur Koproduktion und Aufgabenteilung sind jedoch nicht zu übersehen. Die Herausforderung der nächsten Jahre ist nicht zu bestehen ohne die Einbeziehung dieser politischen Faktoren in die Diskussion.

(-/7.1.1981/bgy/hgs)

+ + +



Die öffentliche Hand hat das Wort

Bemerkungen zu den jüngsten Daten der Bundesanstalt für Arbeit

Von Egon Lutz MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Die Arbeitsmarktzahlen für den Monat Dezember 1980 lassen für den Jahresverlauf nichts Gutes vermuten. Die ohnehin schlechten Erwartungen für die Entwicklung des Arbeitsmarktes sind noch übertroffen worden.

In erster Linie ist die weiterhin rezessive Konjunktorentwicklung verantwortlich. Als zweiter entscheidender Faktor muß die dramatische Entwicklung auf dem Bausektor gesehen werden.

Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden nahm um 150.700 zu. Damit ist die Schwelle der Millionengrenze überschritten. 1.118.000 Arbeitnehmer, das sind 150.700 mehr als im Vormonat und 251.000 mehr als im Vorjahr, sind ohne Arbeit. Das entspricht einer Quote von 4,8 Prozent. Im Vormonat lag sie bei 4,2 Prozent.

Bei den arbeitslosen Männern stieg die Zahl, gemessen am Vorjahr um 39,5 Prozent auf nunmehr 583.000. Das entspricht einer Quote von 4,1 Prozent, im Vormonat lag sie bei 3,2 Prozent.

Geringer fällt die Steigerung bei den arbeitssuchenden Frauen aus. Hier beträgt die Steigerungsrate zum Vorjahr 19 Prozent. Im Dezember 1980 wurden 535.000 Frauen als arbeitslos gemeldet. Das entspricht einer Steigerung, gemessen am Vormonat, um 0,3 Prozent auf nunmehr sechs Prozent.

Bei einem allgemeinen Anstieg der Arbeitslosigkeit sind in der Regel die Problemgruppen des Arbeitsmarktes besonders betroffen. Dies gilt auch für das Jahresende 1980:

Bei den jugendlichen Arbeitnehmern meldet die Bundesanstalt eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr von 23.000 Arbeitssuchenden. Im Dezember waren 93.000 Jugendliche arbeitslos gemeldet. Die Quote beträgt 4,1 Prozent.

Ähnliches läßt sich bei den Schwerbehinderten melden: Dort nahm die Zahl gegenüber dem Vorjahr um 9.540 zu. Es sind jetzt 74.500 Schwerbehinderte ohne Arbeit.

Bei den über 59jährigen verzeichnet die Bundesanstalt einen Zugang von 7.400 (1979) auf nunmehr 70.000 Stellungssuchende.

Die beruflichen Teilarbeitsmärkte machen dem Betrachter deutlich, worauf sich der drastische Anstieg in erster Linie zurückführen läßt:

- Auf dem Bausektor wirkensich die mangelnde Konjunktur, das schlechte Wetter und der Investitionsrückgang der öffentlichen Hand am stärksten aus. Mit einer Zunahme von 88 Prozent gegenüber dem Vorjahr fällt der Anstieg hier



am dramatischsten aus. Im Baugewerbe sind jetzt 71.000 Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet. Im letzten Monat waren es noch 44.100. Die Zahl der offenen Stellen ging, gemessen am Vorjahr, um 49 Prozent zurück.

- Im Metall und Elektrobereich sind im Monat Dezember 158.500 Arbeitnehmer arbeitslos gemeldet. Das entspricht gegenüber dem Vormonat einer Steigerung um 15,5 Prozent.
- Im Bereich der Warenkaufleute sieht die Situation günstiger aus: Hier wurden 7.000 Stellungsuchende mehr als im November gemeldet.

Auf dem Arbeitsmarkt ist nun genau das eingetreten, was Sozialpolitiker schon vor Monaten befürchtet haben: Mit dem Rückzug der öffentlichen Hand aus ihrer offensiven Investitionspolitik ist der Weg für eine steigende Arbeitslosigkeit frei. Obwohl der Anstieg der Kurzarbeiter darauf hinweist, daß die Betriebe auf einen erneuten Konjunkturauftrieb warten, kann diese Erwartungshaltung von den Verantwortlichen nicht hingenommen werden.

Absurd wird Sparpolitik dann, wenn, wie es auf dem Bausektor der Fall ist, die mangelnde Investitionsleistung der öffentlichen Hand zu einem erhöhten Beschäftigungsrisiko für die im Baugewerbe Beschäftigten führt.

Das prozyklische Verhalten hat dann die erhöhten Kosten der Träger der Sozialversicherung zur Folge.

Die öffentliche Hand ist aufgefordert, mit entsprechenden Konjunkturprogrammen diesen bestehenden Teufelskreis zu durchbrechen. Eine Sparpolitik zu Ungunsten der Arbeitnehmer entspricht nicht dem sozialdemokratischen Verständnis von Politik für den Arbeitnehmer.

Kurzfristig sind Konjunkturprogramme auf dem Bausektor anzustreben, langfristig kann nur eine gezielte Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand den Arbeitsmarkt konsolidieren.

Diese Verantwortung des Bundes ist festgeschrieben; die bestehenden Gesetze sind extensiv zu nutzen. Der Arbeitsmarkt darf nicht weiter in die Rezession hineingeraten.

Der Primat einer aktiven Beschäftigungspolitik hat sich nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes zu richten. Eine Verschleierung der Statistik mit "Taschenspielertricks" ist ebenso abzulehnen, wie ein weiteres "Stillhalten" der Verantwortlichen.

Die Instrumente zur Konsolidierung liegen auf dem Tisch. Der nächste Schritt kann nur sein, sie auch anzuwenden. (-/7.1.1981/hgs/bgy)

+ + +



Ethik und Sozialismus

Sittliche Leitbilder sind für das politische Engagement unverzichtbar

Von Willi Eichler⁺⁺

Die sozialistische Geschichte ist neben vielen Siegen eine Geschichte von Opfern, Niederlagen und einem unzerstörbaren Glauben an den endgültigen Sieg einer sozialistischen Gesellschaft gewesen - sie war, wie Karl Liebknecht in der Zeit der größten Bedrückung sagte, "der Golgathaweg zur Befreiung des Proletariats und der Menschheit". Man könnte, ohne die Geschichte zu vergewaltigen, den Kampf um den Sozialismus darstellen als den Versuch der Verwirklichung ethischer Zielsetzungen in Politik und Wirtschaft.

Die sittlichen Leitbilder der Sozialisten für ihren Kampf, für den Umbau und Neubau der Gesellschaft, sind die ewigen Ideale der Gleichheit, der Freiheit und der Solidarität. Erst in der zunehmenden Verwirklichung dieser Ideale in persönlicher Lebenshaltung, in der Familie, an der Arbeitsstätte und im Aufbau gesellschaftlicher und staatlicher Einrichtungen kann sie die Würde des Menschen erfüllen, die seinen Eigenwert darstellt, und durch dessen Gestaltung und Erfüllung er seiner Berufung gerecht wird, eine in Freiheit sich selbst bestimmende Persönlichkeit zu werden. Diese Begründung ist unzureichend für den Entschluß, Sozialist zu werden, freilich nicht nur in dieser Abstraktheit, sondern im Hinweis auf die Wirklichkeit, die der Änderung bedarf. Die Einsicht in ihre Bedeutung ist für den unverhogen Denkenden moralisch und rechtlich zwingend.

Damit schließen wir ideenhaft an das geläuterte Gedankengut der Aufklärung an. Aufklärung ist nach Kant "der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen".

Wie ist unsere Position heute? Ethik und Politik müssen in ein klares und einsehbares Verhältnis zueinander gebracht werden. Konfuzius hat einmal gesagt, als er den ethischen Menschen ansprach: "Wer nur auf die Reinheit seiner eigenen Seele bedacht ist, der bringt die großen menschlichen Beziehungen in Unordnung. Dadurch, daß der Edle ein Amt übernimmt, tut er seine Pflicht." Der Edle, das ist für Konfuzius der sittlich Gebildete.

Der Sozialismus ist eine Forderung der Gerechtigkeit. Er stellt das Urteil über die bestehenden Verhältnisse unter die Bewertung durch die Ideale der Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Diese Ideale müssen als klarer Bestandteil der sozialistischen Lehre herausgearbeitet werden. Sie sind ihrem Wesen nach philosophischer Natur und bedürfen einer eigenen methodischen Behandlung. Sie sind nicht zu erschließen aus einer noch so gründlichen Analyse der Gesellschaft, die uns nie einen unmittelbaren Schluß

⁺⁺Willi Eichler (1896-1971), einer der führenden Reformtheoretiker der SPD, wäre heute 85 Jahre alt geworden. Aus diesem Anlaß veröffentlichen wir einen Auszug aus einer Rede, die Eichler 1953 gehalten hat. Den Text entnahmen wir dem Buch: Klaus Lompe/Lothar F. Neumann (Hg.), Willi Eichlers Beiträge zum demokratischen Sozialismus, Bonn: Dietz-Verlag 1979.



zuletzt aus dem, was ist, auf das, was sein soll oder sein sollte. Andererseits kann natürlich nicht philosophisch erarbeitet werden, was im einzelnen an dem gesellschaftlichen Sein faktisch und technisch geändert werden sollte.

Wir brauchen neben der Klarstellung dessen, was wir an allgemeinen Idealen für alle Menschen und für alle Zeit verwirklicht zu sehen wünschen, die vielen wissenschaftlichen Erforschungen und Durchleuchtung der Fakten, wie sie uns die Soziologie, die Psychologie, die Nationalökonomie, die Geschichte und die Naturwissenschaften geben, die auszuarbeiten haben, was im Einzelfall an politischen Maßnahmen als ein bestimmter Schritt in Richtung auf eine Gesellschaft von Freien und Gleichen zu gelten habe, die wir bauen wollen. So werden wir finden, daß das Ideal für eine sozialistische Gesellschaft gilt, sie so zu ordnen, daß in ihr jeder entsprechend der Behauptung seiner eigenen Würde die gleiche Möglichkeit haben muß, zu Wohlstand und Bildung zu gelangen.

Das aber heißt, Beseitigung oder öffentliche Kontrolle der Monopole, damit der gleiche Start im wirtschaftlichen und geistigen Wettbewerb gegeben ist. Daher die Forderung einer Schule, die nicht vom Geldbeutel des Schülers abhängig gemacht werden darf. Daher die Forderung der Sozialisierung, selbst soweit sie nicht mit größter Produktivität begründet wird. Denn sie läßt sich noch auf das Ideal zurückführen, unter sonst gleichen Umständen die bessere Versorgung mit Konsumgütern und eine größere Freizeit zur erweiterten Teilnahmemöglichkeit an unseren Kulturgütern zu ermöglichen. Daher schließt unsere Forderung zur Erhaltung des Weltfriedens zum Schutz nicht nur des Lebens der Bürger, sondern auch zur solidarischen Gemeinschaft der Nationen.

Gesellschaftlich-ethische Werte zu schaffen, setzt wenigstens zum Teil voraus, daß die Menschen, die sich dieser Aufgabe hingeben, die ethischen Werte in ihrem eigenen Leben erfüllen und vorleben. Mindestens ein hinreichender Teil der Kämpfer für den Sozialismus muß so erzogen sein und sich ständig selbst erziehen, daß er ein lebendiges Bild der von ihm gewünschten gesellschaftlichen allgemeinen Einrichtungen darstellt. Das ist umso notwendiger, als auch ethische Forderungen nicht anders verwirklicht werden können als andere: nämlich durch den politischen Machtkampf. Dessen unvermeidlichen korrumpierenden Versuchungen wird nur der widerstehen, der auf diesen Zweck hin besonders gestärkt und geschult ist. Verwirklichung der Ethik ist also nicht möglich ohne Erziehung der Sozialisten und ihrer Funktionäre. (-/7.1.1981/bgy/lo)

+ + +

